



Stadt Halle (Saale)

07.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 07.12.2017:

**zu 4.1 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03202**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Marktsatzung der Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 07.12.2017:

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)"
VI/2017/03202
Vorlage: VI/2017/03666

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

§ 17 Absatz 2 Nr. 7 wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

Allgemeine Gebühren

Geschäft	Bemessungsmaßstab	Euro
für jeden Stehtisch	täglich	2,50
für jeden Kühlwagen	m ² / Tag	4,50
Informationsstände gemeinnütziger Vereine	m ² / Tag	0,00
vorführendes Handwerk	täglich	50 Prozent Ermäßigung der jeweiligen Standgebühr
Selbsterzeuger	täglich	50 Prozent Ermäßigung der jeweiligen Standgebühr

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 07.12.2017:

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2017/03369**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ wird in der Stadtverwaltung eine 0,5 VZE-Personalstelle ab 01.01.2018 für die Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit in der Stadt eingerichtet. Die Stelle ist umgehend im Stellenplan für das Jahr 2018 zu berücksichtigen und mit Haushaltsmitteln zu untersetzen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, einen Antrag zur Aufnahme in den Landespräventionsrat zu stellen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin